



Donnerstag, 26. Juni 1975

Blatt 1599

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Wiener Gemeinderat
Graz: Neue Stadtverfassung kommt sicher

Lokal:
(orange)

Eigener UKW-Sender für Wien bereits 1976
Fälscherwerkstatt für Straßenbahnfahrtscheine
ausgehoben
Gemeinde hilft Rudolfinerhaus

Kultur:
(gelb)

20.000ster Besucher der Strauß-Ausstellung

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

gratz: neue stadtverfassung kommt sicher

3 wien, 26.6. (rk) in einem orf-interview am donnerstag
erklaerte buergermeister leopold g r a t z , dass die von ihm
angekuenndigte reform der wiener stadtverfassung sicher noch in
dieser wahlperiode des gemeinderates durchgefuehrt werde. sollte
es bis zum herbst zu keiner einigung der parteien kommen, so sei
vorstellbar, dass er selbst einen magistratsentwurf vorlege,
sagte gratz. hauptzweck der von ihm angestrebten neuerungen sei
ein ausbau der demokratischen einrichtungen und moeglichkeiten.
gratz bekannte sich dazu, alle einzelheiten genau zu diskutieren.
eine verfassung solle nicht jedes jahr geaendert werden, deshalb
soll in gruendlicher arbeit etwas angestrebt werden, was dann
lange zeit halte. (sti)

1205

L o k a l :

=====

eigener ukw-sender fuer wien bereits 1976

4 wien, 26.6. (rk) nach jahrelanger benachteiligung soll wien nun moeglichst rasch ein eigenes regionalprogramm im hoerfunk erhalten und von niederoesterreich und burgenland getrennt werden. im kommenden jahr soll fuer das bundesland wien ein eigener ukw-sender gekauft werden, im sommer 1976 kann nach den plaenen dieser sender in betrieb gehen. die erste ausbaustufe sieht vor, dass immer wahlweise zwei bundeslaender beisammen bleiben. allerdings wird das echte lokalprogramm bereits zu diesem zeitpunkt um rund eine stunde pro tag erweitert werden. die endgueltige sendertrennung ist fuer 1977 vorgesehen. von diesem zeitpunkt an sollen die bundeslaender wien, niederoesterreich und burgenland voellig eigenstaendige programme senden. dies gab der intendant des landesstudios wien, gundomar e i b e g g e r , bei einer hoerfunkdiskussion ueber das thema "information der bevoelkerung durch massenmedien und stadtverwaltung" bekannt.

diese ausbauplaene, die von der geschaeftsfuehrung des orf in die wege geleitet wurden, beduerfen allerdings noch der genehmigung durch das kuratorium des orf.

stadtrat peter s c h i e d e r , der vertreter wiens im kuratorium, liess keinen zweifel daran, dass wien diese ausbauplaene als unbedingt notwendige voraussetzung fuer eine umfassende information der bevoelkerung ansieht. die sendertrennung und die abwicklung eines eigenen programms duerfe nicht weiter hinausgezogert werden. er werde als vertreter des bundeslandes wien im kuratorium keinem finanzplan und keinem budget des orf zustimmen, in dem nicht die verwirklichung des planes zum ausbau der sendertrennung finanziell gesichert ist.

die endgueltige sendertrennung und abwicklung eigener programme dauert deswegen bis 1977, weil erst eigene studios geschaffen werden muessen. in der ersten ausbaustufe wird es zwei studios geben, in der zweiten ausbaustufe, - die die endgueltige trennung bringt - , werden drei studios die programmabwicklung fuer die drei bundeslaender sicherstellen. (rp)

Kommunal:Wiener Gemeinderat:Wohnen und Liegenschaftswesen

Wien, 26.6. (RK) Die durch das Arbeitsprogramm des Wiener Gemeinderates gesteckten Ziele für das Jahr 1974 konnten im wesentlichen erreicht bzw. auch überschritten werden. Dies erklärte Vizebürgermeister Hubert Pfösch (SPÖ) in seinem Bericht zum Rechnungsabschluß und Kontrollamtsbericht für die Geschäftsgruppe VII. Mit einem Betrag von 6.275 Millionen S, das ist um rund zehn Prozent mehr als im Voranschlag präliminiert war, konnte eine Vielzahl von Leistungen erbracht werden, die das Antlitz der Stadt prägen, die Bevölkerung reicher und das Leben in Wien behaglicher und schöner gemacht haben.

Pfösch beschäftigte sich im besonderen mit der Beschaffung von Grund und Boden, dem Wohnungsneubau bzw. dessen Förderung sowie der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern und Wohnungen. Trotz eines stagnierenden Bodenangebots und oftmals überhöhten Preisen ist es gelungen, Grundreserven anzulegen. Es fehlt aber noch immer ein wirksames Instrumentarium, das es den Gemeinden ermöglicht, bei vertretbaren Preisen Grund für Wohnungen, Kindertagesheime, Schulen, Spitäler und sonstige infrastrukturelle Einrichtungen zu erhalten. Das Bodenbeschaffungsgesetz konnte noch nicht angewandt werden, es wird erst in nächster Zeit erprobt werden können. Eine antizyklische Wirtschaftspolitik kann aber letztlich nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn die entsprechenden Grundreserven vorhanden sind. Daß dies im Berichtsjahr gelungen ist, beweist der Beschäftigtenstand im Hochbausektor, der mit 8.000 Beschäftigten konstant gehalten werden konnte. Im Wohnungsneubau konnten Sommer und Winter hindurch täglich auf allen Baustellen 2.000 Beschäftigte gehalten werden. Insgesamt wurden 4.367.000 Quadratmeter Grund um 670 Millionen S erworben. 2,1 Millionen Quadratmeter entfallen auf die Sicherung von Erholungsgebiet im Wald- und Wiesengürtel, 250.000 Quadratmeter stellen eine mittlere und längerfristige Bauland- oder Grundreserve dar. Lediglich 49.000 Quadratmeter konnten für den unmittelbaren Wohnbau erworben werden. Der Bedarf ist aber mindestens zehn mal so groß. Wenn dennoch der Wohnbau ausgeweitet und mit dem Bau von 4.200 Wohnungen begonnen werden konnte, so nur unter Heranziehung der Bodenreserven.

Wohnbautief überwunden

Pfoch beschäftigte sich dann ausführlich mit den Wohnbaumaßnahmen. Der Wohnbauförderungsbeirat der Stadt Wien konnte eine steigende Zahl der eingereichten Bauvorhaben feststellen und befürwortete Darlehen für 20.786 Wohnungen, 562 Ledigenräume und 137 Lokale. Die Landesregierung genehmigte die Darlehen für 7.911 Wohnungen, 821 Ledigenräume und 72 Lokale. Es muß nun das Bestreben sein, den Bau der übrigen befürworteten Wohnbauvorhaben zu erreichen. Den Schwerpunkt dieses Wohnbauprogramms setzte dabei die Stadt Wien mit dem Baubeginn von 4.260 Wohnungen. Somit standen im Berichtsjahr 7.828 Gemeindewohnungen im Bau und die Talsohle wurde durchschritten. Für den Rückgang der Zahl der fertiggestellten Wohnungen im Jahre 1973/74 sind Ursachen zu erkennen, die drei bis vier Jahre zurückliegen. Es kann nicht wegdiskutiert werden, daß die Wohnbauförderung, wie sie 1968 vom Parlament beschlossen wurde, nur teures Geld anbot, das weder Private noch Genossenschaften in Anspruch nahmen, da sich für die künftigen Wohnungsbenützer unzumutbar hohe Rückzahlungsbeträge ergeben haben. Eine überhitzte Baukonjunktur brachte steigende Baupreise. In dieser Situation weiterzubauen, kostete es was es wolle, kann wohl kaum verlangt werden. Die Kreditrestriktionen des Bundes haben dann den Wohnungsbau zuerst getroffen, zeigten aber in der Folge als positive Auswirkung ein nicht mehr so heftiges Steigen der Baupreise. Beträchtliche Erfolge konnten jedoch mit der Anwendung des Wohnungsverbesserungsgesetzes erzielt werden. Bei Hinzufügung der verbesserten Wohnungen zu den Neubauten ergibt sich somit folgendes Bild: 1974 wurden 9.365 neue Wohnungen übergeben, davon 2.341 Gemeindewohnungen, dazu kamen 2.329 verbesserte Einzelwohnungen, sodaß insgesamt 11.694 neu errichtete oder verbesserte Wohnungen zur Verfügung gestellt wurden. Obwohl 1974 die Baukosten nicht mehr so stark stiegen, als in den Jahren vorher, ergab sich für den Benützer ein hoher Wohnungsaufwand. Damit vor allem die beim Wohnungsamt gemeldeten Notstände, die überwiegend sozial schwächer gestellte Familien sind, eine Neubauwohnung auch bezahlen können, wurde die Subjektförderung entscheidend verbessert, auch für mittlere Einkommen.

Demnach wird einer vierköpfigen Familie, deren monatliches Nettoeinkommen unter 7.260 S liegt, die Rückzahlung der Annuitäten zur Gänze erlassen, es verbleibt ihr lediglich die Bezahlung der Betriebskosten. Insgesamt wurden im Berichtsjahr von den 5.717 Anträgen 4.768 positiv erledigt. Die zuerkannte Wohnbeihilfe betrug im Durchschnitt monatlich 690 S, in Einzelfällen bis zu 1.200 S.

20.000 Wohnungen durch Verbesserungen begünstigt

Pfösch wies dann auf die Leistungen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz, wobei er die enorme Arbeitsleistung der Magistratsabteilungen 50 und 25 würdigte. Während 1972 912 Anträge, davon 385 Mieteranträge, bearbeitet wurden, waren es 1974 bereits 2.757 Anträge, davon 2.443 Mieteranträge. Die Höhe der Darlehen, für die Annuitätenzuschüsse gewährt wurden, belaufen sich im Berichtsjahr auf mehr als 375 Millionen S. Neben den Verbesserungen in Form von Badeeinrichtungen, Heizungen, Wasserinstallationen etc. wurden Gemeinschaftseinrichtungen gefördert wie Waschküchen, Aufzüge, Stromsteigleitungen, sodaß mehr als 20.000 Wohnungen durch die Wohnungsverbesserung begünstigt wurden.

Abschließend beschäftigte sich Pfösch mit dem Kontrollamtsbericht. Wenn festgestellt wurde, daß die Gemeindewohnungen um 31 Prozent teurer geworden sind, so muß man auch die Ursachen nennen: Nicht die Baukosten allein sind dafür verantwortlich, sondern entscheidende Verbesserungen, die vom Gemeinderat gemeinsam beschlossen worden sind, wie die Zurechnung der Infrastruktur. Die höheren Kosten drücken sich in mehr Wohnkomfort, größeren Badezimmern, Schallschutzmaßnahmen und anderen Verbesserungen aus. Gravierende Beanstandungen sind im Kontrollamtsbericht nicht festzustellen. (smo)

1974 - Jahr des Minusrekords

In der Debatte bezeichnete GR. Krenn (FPÖ) 1974 als Jahr des Minusrekords beim Bau von Gemeindewohnungen. Während 1969 noch insgesamt 14.500 Wohnungen errichtet wurden, waren es zwischen 1970 bis 1972 rund 10.000 pro Jahr. 1973 wurden nur noch 7.000 Wohnungen gebaut. Im vergangenen Jahr betrug die Gesamtzahl 5.816 Wohnungen, davon waren 2.349 Gemeindewohnungen, 2.617 von gemeinnützigen Baugesellschaften errichtete und 850 private Wohnungen.

Die Sanierung von Altwohnungen habe wohl erhöhte Bedeutung gewonnen, Wohnungsverbesserungen könnten jedoch nicht Neubauten zugerechnet werden.

Bei den Baufirmen ist die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen, parallel dazu kam es zu Bauzeitverlängerungen. Viel Zeit geht durch mangelhafte oder zu lange dauernde Planung verloren - wie etwa beim Medizinischen Zentrum Ost und beim Betagtenheim Süd.

Dem Kapitel wird die FPÖ nicht zustimmen. (we)

Kritik am Wohnbau

Wenn man die Mehr- und Minderausgaben auf dem Wohnbausektor im Rahmen des Rechnungsabschlusses 1974 betrachte, so seien keine bemerkenswerten Veränderungen zu sehen, sagte GR. Neunteufel (ÖVP). Dies weise auf eine Unsicherheit im wohnungspolitischen Kurs der Stadt hin. Das diesbezügliche Arbeitsprogramm der SPÖ sei auch unzureichend und könne als konservativ bezeichnet werden. Freilich seien inzwischen Krisenwolken aufgestiegen, Arbeitslosigkeit auf dem Bausektor und eine steigende Inflationsrate haben sich eingestellt und die ÖVP sei ebenso in Sorge wie die SPÖ.

Der Redner wies auf das heuer von der ÖVP ausgearbeitete Wohnungskonzept hin. Er begrüßte, daß die SPÖ vom totalen, zum sinnvollen Neubau übergegangen ist, wie ihn die ÖVP vorgeschlagen habe. Es werde sich in Zukunft erweisen, daß Sanieren besser ist als Assanieren. Neunteufel zeigte die großen Leistungen des Wiener kommunalen Wohnbaus bis in die Sechzigerjahre auf, unterzog jedoch das tendenzielle Sinken der Wohnbautätigkeit im letzten Jahrzehnt einer Kritik. Neunteufel meinte, er könne die Ansicht von StR. Pfoch, daß man auf Grund einer langfristigen Prognose wieder auf 5.000 gebaute Wohnungen pro Jahr kommen werde, nicht teilen. Er betonte, daß es per 1. Juni 1975 20.507 Wohnungswerber gegeben habe und nur die Zahl der Obdachlosenfälle reduziert werden konnte.

GR. Neunteufel begrüßte, daß die Wohnungsgröße bei den kommunalen Bauten gestiegen sei und erklärte, er sehe dies als Erfüllung einer ÖVP-Forderung an.

Dennoch könne man das Argument nicht gelten lassen, daß deshalb weniger Wohnungen gebaut wurden, weil die Wohnungen größer geworden seien. Der Redner zitierte auch Meinungen von Architekten, die die Wohnblöcke der Gemeinde als "Betonwüste" bezeichnen, und meinte, daß ein sozialer Wohnbau auf vieles Rücksicht nehmen muß: Aussicht, Grünanlagen, gesamte Infrastruktur und Gebäudestruktur. Die volksdemokratische Wohnbauideologie müsse geschlagen werden. Als steril erkannte Wohnbaukonzepte müßten aufgegeben werden.

Was die Revitalisierung betreffe, so müßte sie auch in größerem Ausmaß auf Altwohnungen der Gemeinde Wien angewendet werden. Auch die Verbesserung von Häusern sei empfehlenswert. Besondere Bedeutung komme den Grünanlagen zu. So komme zum Beispiel auf einen Einwohner im 7. Bezirk nur eine Grünfläche von 0,8 Quadratmeter. Hier müßte Abhilfe geschaffen werden. Neunteufel dankte Stadtrat Hofmann dafür, daß der Bau einer Wohnanlage in der Burggasse bis zu einer Entscheidung, ob man nicht doch eine Grünanlage errichten könnte, zurückgestellt wurde. Er wies darauf hin, daß auch für eine Grünanlage auf dem ehemaligen Scala-Grund im 4. Bezirk eine Unterschriftenaktion im Gange ist. Schließlich forderte der Redner eine Transparenz der Liegenschaftsevidenz zumindest für die Gemeinderäte. (am)

Nahversorgung Wiens sichern

Älteren Menschen, Gebrechlichen und Hausfrauen ohne Auto ist mit den Geschäftszentren am Stadtrand nicht gedient, erklärte GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) in seinem Debattenbeitrag. Daher müsse die Nahversorgung in Zukunft gesichert werden. Auch Bürgermeister Gratz, so Ebert, stimme dem zu. Der Redner bemängelte, daß in Wien die wesentlichsten Primärunterlagen für eine Lösung dieses Problems fehlten. Ebert verwies auf Hamburg, wo bereits 1969 eine langfristige Leitvorstellung für Hamburg und sein Umland erarbeitet wurde.

Der Redner sprach sich positiv über die geschaffenen Fußgängerzonen aus. Jedoch wären noch immer nicht genügend Parkplätze für Kunden vorhanden, stellte er fest. Zur Fußgängerzone Kärntner Straße äußerte Ebert die Befürchtung, daß sie zu einem zweiten Prater werden könnte. Dies würde nicht dem Charakter der Inneren Stadt entsprechen.

Abschließend bedauerte GR. Ebert, daß in Großbauvorhaben wie der UNO-City kleinere und mittlere Baufirmen und Professionisten nicht zum Zug kommen. (sei)

Lob für Wirtschaftspolitik

GR. Rautner (SPÖ) zollte der Wirtschaftspolitik der Stadt Wien höchstes Lob, wobei er als Beispiel dafür die derzeitige Lage der Bauwirtschaft in Wien im Vergleich zu den anderen Bundesländern nannte. So stehen nach dem Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien im Jahr 1975 9.116 Millionen Schilling dem Bau- und Baunebengewerbe zur Verfügung. Die Ausgaben der Stadt Wien für Bauzwecke betragen 31 Prozent der gesamten Ausgabensumme. Dank der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Stadtverwaltung sei daher die Vollbeschäftigung in der Bauwirtschaft in Wien gesichert. Ende Mai waren 437 arbeitslose Bauarbeiter gemeldet. Das entspricht einem Anteil von knapp zwölf Prozent Österreichs. Zur Auftragslage im Baugewerbe erklärte der Redner, daß Wien, Tirol und Vorarlberg die einzigen Bundesländer seien, die, verglichen mit dem Vorjahr ein Plus aufweisen. So beträgt der Auftragsüberhang in Wien im Durchschnitt 3,9 Prozent. Dazu zum Vergleich: in Niederösterreich minus 7,4 Prozent. Seiner Meinung nach sei diese günstige Situation auf die Arbeitsmarktpolitik der sozialistischen Stadtverwaltung zurückzuführen. In Richtung ÖVP-Fraktion meinte er, diese sollte künftighin weniger nein sagen, sondern vielmehr konstruktiv mitarbeiten. (zi)

Kritik an der Baudauer

Über das Wohnungsproblem sollte man mehr reden, mehr nachdenken und vor allem mehr miteinander reden, erklärte Stadtrat Neusser (ÖVP) in seinem Debattenbeitrag und stellte drei Fragen in den Mittelpunkt: Fehlen noch Wohnungen? Haben wir bisher richtig gebaut? Haben wir alles getan, um richtig zu bauen? Die Antwort auf die erste Frage lautet, daß ein quantitativer Fehlbestand von 180.000 bis 200.000 Wohnungen besteht, wenn man bedenkt, daß 20.500 Notstandsfälle beim Wohnungsamt vorgemerkt, weitere 28.000 Wohnungssuchende ohne Vormerkschein erfaßt sind und wenn man die Substandardwohnungen in Betracht zieht. Das heißt, daß bei einer jährlichen

Bauleistung in Wien von rund 6.000 Wohnungen erst in dreißig bis zweiunddreißig Jahren alle Wünsche von Wohnungssuchenden erfüllt werden könnten. Zur zweiten Frage, ob richtig gebaut wurde, erklärte Neusser, daß es sicher anerkennenswert ist, wenn beim Wohnungsbau die Qualität angehoben wurde, wie etwa die Durchschnittsgröße von 35 auf 65 Quadratmeter, daß aber die Schuld an der zu geringen Bauleistung nicht auf das teure Geld der Wohnbauförderung 1968 geschoben werden kann, wie es Vizebürgermeister Pfoch getan hat. Der Zinssatz war damals nicht so hoch wie heute. Vielmehr ist damals die große Zeit der Babaks und Macheks gewesen. Und schließlich hat man zu viele große Bauvorhaben gleichzeitig begonnen, wie die U-Bahn und die Donau-Insel. Die ÖVP hat davor gewarnt und aufmerksam gemacht, daß der Wohnbau darunter leiden wird. Neusser übte dann Kritik an der Planung der Fluchtlinien- u. Bebauungspläne sowie an der Bauausführung beim sozialen Wohnbau der Gemeinde Wien. Eine wesentliche Verteuerung - und damit kam Neusser zur dritten Frage - bringt der zeitliche Ablauf vom Grundkauf bis zum Bezug der Wohnung mit sich. Dieser Zeitablauf ist zu lang. Wenn dieser Zeitraum herabgesetzt wird, könnte man die Wohnungen um 20 Prozent billiger bauen. Neusser brachte einen Antrag ein, in dem verlangt wird, daß dem Gemeinderat jährlich ein Bericht vorgelegt wird, der anhand genauer Zeitpläne Aufschluß über Entwurf und Sachkredit, Vergabe, Baubeginn, voraussichtliche Baudauer und bei Verzögerungen deren Gründe gibt. (smo)

Wohnbau-Spekulation

Typisches Beispiel für die Spekulation privater Wohnungsbau-Unternehmen nannte GR. Deistler (SPÖ) das Vorgehen einer gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft, die im 20. Bezirk eine Reihe von Althäusern kaufte. Die Mieter erhielten keine Ersatzwohnungen, sie mußten von der Stadtverwaltung vor Obdachlosigkeit bewahrt werden. Seither stehen die Baugründe leer, nicht einmal die Errichtung provisorischer Kinderspielplätze wurde von dem Wohnbau-Unternehmen gestattet.

Ober die Tätigkeit der Schlichtungsstellen der Magistratsabteilung 25 berichtete GR. Deistler, daß in steigendem Maße Anträge auf Zinserhöhungen nach § 7 des Mietengesetzes überprüft werden müssen. Daß die Forderungen der privaten Hausbesitzer über das zumutbare Maß hinausgehen, beweisen die festgestellten Oberhöhungen. 1972 wurden Beträge in der Gesamthöhe von 207 Millionen Schilling als ungerechtfertigt abgelehnt, 1973 waren es 230 Millionen, 1974 240 Millionen Schilling.

Die Förderung von Altwohnungsverbesserungen betraf im Vorjahr 5.909 Personen in 2.893 Wohnungen. Die Verbesserungen betrafen in erster Linie Zentralheizungen (37 Prozent), den Einbau von Bädern (16,8 Prozent) und von WCs (7,5 Prozent). In den Genuß von besseren Gemeinschaftseinrichtungen kamen 17.154 Wohnungen. Hier betrafen die Verbesserungen vor allem Aufzüge (47,8 Prozent), Zentralheizungen (37 Prozent) und verstärkte Steigleitungen (35 Prozent). (we)

Schlußwort

Es habe eine Zeit gegeben, die die Stadt gezwungen habe, schnell zu bauen, erklärte Stadtrat Pfoch. Dies sei zum Beispiel nach dem Krieg der Fall gewesen. Den Wohnungsuchenden habe das sehr geholfen. Zu diesen "Kindern der Not" müsse man sich bekennen. Auch in den Anfängen des Montagebaus habe die Stadtverwaltung Lehrgeld bezahlt. Es werde heute wesentlich moderner gebaut und man verschließe sich keineswegs vor Änderungen in städtebaulich modernem Sinn.

Von einer Unsicherheit im wohnungspolitischen Kurs könne allerdings nicht die Rede sein, sagte Pfoch. Die Stadtverwaltung ist überdies ganz eindeutig der Meinung, daß möglichst breite Schichten der Bevölkerung, besonders die sozial schwächer Gestellten, durch den Wohnbau ihren Nutzen haben sollen. Er glaube, daß diese von seiner Fraktion entschiedener vertreten werde als von der ÖVP. Der Stadtrat betonte, daß die Wohnbauleistung in Wien nur ein einziges Mal unter 8.000 Wohneinheiten abgesunken ist. Und was die Wohnqualität der Gemeindebauten betrifft, so ist sie jenen der privaten und gemeinnützigen Bauten zumindest ebenbürtig, wenn nicht überlegen.

Zur Wohnungsverbesserung und der Verbesserung von Häusern erklärte Pfoch, daß die ÖVP offenbar nur den Hausherren dienstbar sein möchte.

Die Stadt Wien werde jedenfalls trachten, die Zahl der Wohnungsverbesserungen zu erhöhen. Es sei auch jetzt schon von Jahr zu Jahr eine Steigerung feststellbar. Von den mehr als 20.000 für eine Wohnung vorgemerkten Wienern würden rund 3.000 bis 4.000 jährlich berücksichtigt. Bei allen besonderen Härtefällen werde versucht, eine Lösung zu finden.

Abstimmung: Der Rechnungsabschluß 1974 (Geschäftsgruppe VII) wurde mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. Ein ÖVP-Antrag über Vorlage eines jährlichen Bauzeitenberichts wurde einstimmig der Geschäftsgruppe VII zugewiesen.

Der Kontrollamtsbericht über wichtige Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1974 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. (am)

Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

In den letzten Jahren wurden die Rationalisierungsmaßnahmen der Verkehrsbetriebe bis zu einer Grenze vorangetrieben, die kaum mehr überschreitbar erschien. Und trotzdem gelingt es von Jahr zu Jahr, stellte Stadtwerkstadtrat Franz Nekula (SPÖ) im Rechnungsabschluß für 1974 fest, weitere Verbesserungen und Rationalisierungen durchzuführen. So wurde der Personalstand in den letzten zehn Jahren um 2.460 verringert, allein im Betriebsjahr 1974 konnten 200 Bedienstete eingespart werden. Dies war möglich, weil der Einmann-Betrieb laufend ausgeweitet wurde. Per Ende 1974 bestand bereits auf acht Straßenbahnlinien ganztägig der Einmann-Betrieb, auf weiteren sechs Linien konnte er vorerst im Abend-, Samstag-, Sonn- oder Feiertagsdienst eingeführt werden. Auf 25 Straßenbahnlinien wurden an Werktagen ganztägig schaffnerlose Beiwagen eingesetzt und auf weiteren vier Linien kamen sie fallweise zum Einsatz. Von den 39 Autobuslinien verkehrten 35 bereits dauernd und vier fallweise in Einmann-Betrieb.

Am 29. Mai 1974 konnte die neue Zentralwerkstätte der Verkehrsbetriebe - eine der größten Werkstätten im europäischen Raum - ihrer Bestimmung übergeben werden. Ohne sie wäre die Generalüberholung der neuen Großraumwagen, vor allem aber der U-Bahn-Waggons, nicht möglich. Auch die Autobus-Hauptwerkstätte konnte hier untergebracht werden.

Als eine wesentliche Verbesserung des Kundendienstes bezeichnete StR. Nekula die Modernisierung und Erneuerung des Wagenparks. Von den in Betrieb stehenden 1.654 Straßenbahntrieb- und -beiwagen entsprechen bereits 36 Prozent dem modernen Standard, bei den insgesamt 415 Autobussen sind es 30 Prozent.

Ein moderner Gelenktriebwagen kostet derzeit rund sieben Millionen S, ein Gelenkautobus rund 2,5 Millionen S. Für die Erneuerung und Verbesserung des Wagenparkes wurden 1974 bei der Straßenbahn 24,8 Millionen S, bei den Autobussen 69,9 Millionen S ausgegeben.

Die Personalsituation bei den Verkehrsbetrieben hat sich nicht allein durch personalsparende Rationalisierungsmaßnahmen entspannt. Von Jänner bis Ende April 1975 konnten rund 200 Bedienstete für den Fahrdienst aufgenommen werden. In den Werkstätten

herrscht noch immer ein beträchtlicher Personalunterstand, aber das in letzter Zeit erhöhte Sicherheitsbedürfnis der Arbeitssuchenden läßt annehmen, daß die Zeiten drängender Personalnot geringer werden.

Den oft gehörten Vorwurf, die Verkehrsbetriebe wären gar nicht in der Lage, einen höheren Fahrgästanfall zu bewältigen, wies StR. Nekula entschieden zurück. Als Beispiel führte er die Energiekrise zu Beginn des Jahres 1974 an. Am Dienstag, dem Tag, den die meisten Autofahrer als "autolos" gewählt hatten, benützten zehn bis zwölf Prozent mehr Fahrgäste als sonst die öffentlichen Verkehrseinrichtungen. Diese höhere Frequenz konnte dadurch leicht bewältigt werden, da nun der geringere Individualverkehr Straßenbahn und Autobus nicht mehr behindert wird.

Auch auf dem Energiesektor haben die Wiener Stadtwerke das Krisenjahr 1974 bestanden. Nicht nur, daß die Heizöl-Vorräte der E-Werke auch für eine mehrere Monate dauernde Rohenergie-Versorgungskrise gereicht hätten, waren die E-Werke sogar in der Lage, durch Lieferverzichte der Industrie mit Heizöl auszuhelfen.

In den nächsten 10 Jahren werden die Wiener E-Werke Investitionen in Höhe von 24,5 Milliarden S zu tätigen haben. Diese Investitionspolitik bezeichnete StR. Nekula als den einzigen richtigen und gangbaren Weg. Ein Verzicht auf die eigene Stromversorgung würde nicht nur bedeuten, daß Wien fremden Strom zu höheren Kosten beziehen müßte, darüber hinaus wäre auch gesamtösterreichisch gesehen der Ausfall eines Ausbaues der Wiener Anlagen nicht zu verkraften.

Am 17. Dezember 1974 wurde die Gasturbine Leopoldau - eine der größten dieser Art auf der Welt mit einer Leistung von 100 Megawatt - erstmalig an das Netz geschaltet. Diese Stromerzeugungsanlage, die rund 400 Millionen S kostete, eignet sich besonders zur Abdeckung von Winterspitzen und zum Aufbau des Netzes nach einem totalen Ausfall. Um' mit dem Stromhunger der Wiener Bevölkerung und Industrie schrittzuhalten, wird im kommenden Herbst das Blockkraftwerk II im Kraftwerk Donaustadt seiner Bestimmung übergeben, dessen Bau rund 800 Millionen S kostete. In Simmering muß der Bau eines 370 MW-Kombi-Blockes in Angriff genommen werden, der bis zu seiner Fertigstellung in etwa vier Jahren rund zwei Milliarden S kosten wird.

Nicht nur die Schaffung der notwendigen Energieerzeugungsanlagen bereitet finanzielle Sorgen, dazu kommen noch jene Anlagen, die der Leitung und Verteilung der elektrischen Energie dienen. Hier ist gerade der Ballungsraum Wien besonders benachteiligt, da im verbauten Gebiet die billigere Lösung der Freileitungen nicht in Frage kommt. Rund 65 Prozent des gesamten Netzes der E-Werke besteht aus Erdkabeln, die je nach Spannung, Querschnitt und Länge 4,5 mal bis 12 mal mehr kosten. Von 1960 bis 1974 konnte das Kabelnetz der Wiener E-Werke von 6.000 Kilometer auf 9.346 Kilometer erweitert werden.

Über die Erdgasumstellung der Wiener Gaswerke berichtete StR. Nekula, daß sie im abgelaufenen Jahr planmäßig fortgesetzt werden konnte, sodaß ihrem voraussichtlichen Abschluß im Jahr 1978 nichts im Wege steht. 1974 wurden 204.000 Geräte in rund 103.000 Haushalten umgestellt. Dadurch erhöhte sich die Anzahl der bis Ende 1974 umgestellten Haushalte auf 318.000. Der Anteil der direkt mit Erdgas belieferten Abnehmer ist damit von 27,4 Prozent im Jahr 1973 auf 40,9 Prozent gestiegen. Bedingt durch das Fortschreiten der Erdgasumstellung erfuhr auch das Erdgasrohrnetz im vergangenen Jahr eine Verlängerung um 280 Kilometer auf 1.704 Kilometer und erreichte damit 61,3 Prozent der gesamten Rohrnetzlänge.

Das plötzliche Steigen der Rohenergiepreise für Erdgas und Heizöl zwangen E-Werke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe, ab Jahresbeginn 1975 ihre Tarife neu festzusetzen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme begründete StR. Nekula mit der wachsenden permanenten Verlustsituation. Der Verlust des Jahres 1973 hat 168,2 Millionen S betragen, jener des Jahres 1974 belief sich auf 491,3 Millionen S. Durch den Zwang zur Aufnahme hoher Fremdkapitalbeträge hat sich der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital vermindert. 1972 betrug er 42,2 Prozent, 1973 sank er auf 40,1 Prozent und 1974 auf 36,8 Prozent.

Der Verlust des Jahres 1974 hat seine Hauptursache in der rapiden Entwicklung der Aufwandszahlen, denen ein ungenügendes Wachsen der Leistungserlöse gegenüberstand. Während der Personalaufwand gegenüber 1973 von 2.116 Millionen S auf 2.369 Millionen S, der Materialaufwand von 1.658 auf 1.912 Millionen S und die Fremdkapitalzinsen von 440 auf 545 Millionen S stiegen, sind die Leistungserlöse nur von 5.470 auf 6.012 Millionen S gestiegen.

Stadtrat Nekula beendete seinen Bericht mit der Feststellung, daß die wirtschaftliche Situation der Stadtwerke mit einer Lösung für die Verkehrsbetriebe stehe und falle. Um diese Lösung sei man unablässig bemüht. (we)

FPÖ prophezeit Zusammenbruch der Stadtwerke

In der Debatte meinte GR. Dkfm. Bauer (FPÖ), daß bei den Wiener Stadtwerken so gut wie nichts in Ordnung sei und kritisierte vor allem die Finanzpolitik der Stadtwerke. Dieser Rechnungsabschluß, so meinte der Redner, übertreffe alles je dagewesene. Gegenüber 1973, wo noch ein Verlust von 168 Millionen Schilling festgestellt worden war, steigerte sich der Verlust ins astronomische, nämlich auf 491,3 Millionen. Trotz des Zuflusses von 1,2 Milliarden, konnte der Finanzbedarf nicht gedeckt werden.

Auch die E-Werke konnten, trotz eines Gewinnes von 316,3 Millionen Schilling, das gestellte Ziel nicht erreichen.

Bei den Gaswerken setzt sich der rückläufige Trend fort. Der mit 31.12.1974 aufgelaufene Verlust konnte nur durch Überbrückungskredite aufgefangen und das Gleichgewicht durch eine Investitionssperre hergestellt werden.

Am schlimmsten, so meinte Bauer, steht es zweifellos mit den Wiener Verkehrsbetrieben, die im Jahre 1974 einen täglichen Verlust von 2,4 Millionen Schilling aufwiesen. Hier mußten immer wieder andere gesunde Betriebe in die Bresche springen. Mit dieser Politik, prophezeigte Bauer, rückt der Zusammenbruch der Wiener Stadtwerke in greifbare Nähe und wird von den Verkehrsbetrieben ausgehen. (ka)

Verkehrsbetriebe ruinieren Stadtwerke

Die Wiener Stadtwerke wären ein gesundes Unternehmen, gäbe es nicht die Verkehrsbetriebe, erklärte GR. Ing. Kreiner (ÖVP) als nächster Debattenredner. Der Verlust der Verkehrsbetriebe im Jahr 1974 betrug 896,2 Millionen. Da der Verlust der Wiener Stadtwerke insgesamt 491,3 Millionen beträgt, wird, so Kreiner, besonders deutlich, wie die gesunden Unternehmen der Wiener Stadtwerke für die Verkehrsbetriebe aufkommen müssen.

Um die Attraktivität der Verkehrsbetriebe zu erhöhen, schlug GR. Kreiner drei Neuerungen vor. Der Redner stellte im Gemeinderat folgende Anträge:

1. In frequenzschwachen Zeiten soll auf städtischen Linien probeweise ein Taxi-Linienverkehr eingesetzt werden. Welche Linien zu welchen Zeiten wenig Fahrgäste befördern, soll eine wissenschaftliche Untersuchung klären.

2. Wünschenswert wäre es, wenn auch an Fahrkartenschaltern der österreichischen Bundesbahnen Wertmarken und Vorverkaufsfahrscheine der Wiener Verkehrsbetriebe erhältlich wären. Die Stadtwerke sollen deswegen Verhandlungen aufnehmen.

3. In Wien gibt es verschiedene Verkehrsträger, deren Fahrpläne nicht aufeinander abgestimmt sind. Die Fahrgäste müssen beim Umsteigen oft unzumutbar lang warten. Die Verkehrsbetriebe sind zu beauftragen, mit den anderen Verkehrsträgern Verhandlungen über eine sinnvolle Abstimmung aufzunehmen.

GR. Kreiner kritisierte im weiteren, daß der Bevölkerung wider besseres Wissen die Errichtung der Vorortelinie durch die ÖBB versprochen wurde. Bei der Verkehrsplanung treten Mängel auf: so führt man bei der Stromabnahme für die S- und U-Bahn zwei verschiedene Systeme ein.

Investitionen notwendig

GR. Gertrude Stiehl (SPÖ) ging zunächst auf die Ausführungen ihrer Vorgedner ein, wobei sie den Vorwurf der "Verwirtschaftung" bei den Stadtwerken zurückwies. Die finanziellen Schwierigkeiten der Stadtwerke sind letzten Endes vor allem auf die exorbitanten Rohstoffkosten und die Energiekrise zurückzuführen. Ein Problem, das allerdings auch andere kommunale Versorgungssysteme in aller Welt aufweisen. E-Werk und Gaswerk sind aber, wie sie erklärte, trotz der nicht zu leugnenden sicherlich vorhandenen Probleme, gesunde Unternehmen. Der von Jahr zu Jahr steigende Energieverbrauch, bedingt durch die ständig zunehmende Vollelektrifizierung der Haushalte und die Installierung mit Gasheizungen mache es notwendig, zur Sicherstellung der Versorgung entsprechende Investitionen vorzunehmen. Als kleines Beispiel dafür nannte sie die Investitionen in der Höhe von 70,3 Millionen Schilling, für das über 2.700 Kilometer lange Gesamtröhrennetz. Die Stadtwerke seien

bestrebt, den öffentlichen Verkehr schneller und attraktiver zu machen. Als zwei der wesentlichsten Maßnahmen dafür nannte die Rednerin die Gründung einer Verkehrskommission im Rahmen der Sozialistischen Fraktion und das Beschleunigungsprogramm. Darüber hinaus werde durch die Schaffung des Verkehrsverbundes auch das Regionalverkehrsnetz für das gesamte Gebiet von Wien, Niederösterreich und Burgenland wesentlich verbessert werden.

Kontinuierliche Kapitalaufstockung

GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) ging auf die finanzielle Situation der Wiener Stadtwerke ein. Er betonte das sprunghafte Steigen des Fremdkapitalanteiles, der 1974 bereits 63,2 Prozent betragen habe. Parallel dazu seien die Aufwandzinsen von 1968 bis 1974 von 374 Millionen Schilling auf 546 Millionen Schilling gestiegen. 1963 bereits habe die ÖVP-Fraktion die Übernahme des Zinsendienstes durch die Gemeinde Wien verlangt, was aber abgelehnt worden sei. Er beantragte daher

1. Die Stadt Wien solle den Stadtwerken zur Erfüllung ihrer kommunalen Aufgaben Eigenkapital in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung stellen.

2. Für die kontinuierliche Kapitalaufstockung bei den Wiener Stadtwerken durch die Stadt sei ein mittelfristiger Finanzplan zu erstellen.

3. Die dafür aufgewendeten Geldmittel der Stadt seien als laufender Finanzbedarf in den sogenannten "Finanz- und Investitionsplan 1975 bis 1979" einzubeziehen. (may)

Leistungen der Stadtwerke

Bei der Beurteilung der Tätigkeit der Wiener Stadtwerke muß man berücksichtigen, daß sie im Dienste der Bevölkerung eine Leistungsgarantie zu erbringen haben, erklärte als nächster Debattenredner GR. Sevcik (SPÖ). Die E-Werke zum Beispiel müssen den Spitzenbedarf an Strom decken können, auch wenn dieser nur in einer Stunde des Jahres auftritt. Die Verkehrsbetriebe müssen den Spitzenbedarf täglich zu bestimmten Stunden erfüllen können. Daß die Verkehrsbetriebe dazu imstande sind, hat die sogenannte Pickerlzeit bewiesen. Bei der Beurteilung des Strombedarfs darf man sich durch das Ergebnis 1974 mit nur zwei Prozent Steigerung nicht irreführen lassen.

Dieser relativ geringe Verbrauchszuwachs ist eindeutig auf die milde Winterwitterung zurückzuführen. In den Monaten Mai bis Oktober war hingegen ein Zuwachs von 7,1 bis 13,6 Prozent zu verzeichnen. Es wäre also völlig falsch, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß das Ausbauprogramm der E-Werke zu umfangreich ist. Man muß vorbereitet sein, auch in einem strengen Winter den Bedarf decken zu können. Der Block II des Kraftwerkes Donaustadt wird daher vorfristig im September in Betrieb gehen. Die Stadtwerke haben aber auch für Vorräte an Primärenergie gut vorgesorgt. Die Lagerkapazität für Heizöl wurde auf 300.000 Tonnen ausgebaut. Die Richtigkeit der Vorratspolitik hat sich während der Energiekrise bewiesen: Damals konnten die Stadtwerke 40.000 Tonnen Heizöl der Privatwirtschaft zukommen lassen, die eine Vorsorge wegen der Kosten gescheut hatte. Schließlich leisten die Stadtwerke einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz, indem sie die umweltfreundlichste Energie liefern, die es überhaupt gibt. Für den weiteren Ausbau werden bis 1985 laut Energienplan fast 29 Milliarden S investiert werden müssen. Dies wird eine der schwierigsten und wichtigsten Aufgaben des Gemeinderates sein. Einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz leisten auch die Gaswerke. Im Zuge der Umstellung auf Erdgas konnten 99 Prozent aller Anträge auf Gasheizungen bewilligt werden.

Zur Tarifpolitik erklärte der Redner: Die Strompreise mußten 1974 angehoben werden, das hat aber praktisch nichts gebracht, da die Mehreinnahmen von den höheren Erdölpreisen aufgeessen wurden. Noch immer kostet aber eine Kilowattstunde nur 70 Groschen - genau so viel wie 1938. Der Gaspreis ist überdies 23 Jahre lang unverändert geblieben. Das gibt es auf keinem Gebiet der Privatwirtschaft. Was die Kostenschiere bei den Verkehrsbetrieben betrifft, so ist dieses Problem auch anderswo nicht zu lösen. Die Tarifänderung im vergangenen Jahr war unvermeidbar, sie war aber zugleich ein voll wirksamer Akt der Rationalisierung zum schaffnerlosen Betrieb. Das beweist der Fahrscheinverkauf im ersten Quartal: Der Verkauf von Einzelfahrscheinen ist um 44 Prozent zurückgegangen, während um 41 Prozent mehr Wochennetzkarten und um 50 Prozent mehr Monatsnetzkarten verkauft wurden. (smo)

Schlußwort

StR. Nekula nahm zu den verschiedenen Debattenbeiträgen Stellung. Linientaxis: Von den rund 3.000 Taxis laufen 91 Prozent mit Einzelkonzessionen. Bereits vor zwei Jahren wurde versucht, die Innung der Taxler für das Linientaxi zu interessieren. Die Innung war jedoch nicht in der Lage, auf die Konzessionäre einzuwirken.

Ausnutzungsgrad: Derzeit sind Besprechungen mit einer österreichischen Firma im Gange, die einen kleinen Bus anbietet. Das neue Fahrzeug soll auf den innerstädtischen Linien 2 und 3 eingesetzt werden. Die Autobusse können aber erst Ende des Jahres geliefert werden.

Fahrscheinautomaten: Die Verkehrsbetriebe bieten ausreichende Vorverkaufsmöglichkeiten. Es gibt 1.700 Vorverkaufsstellen und 80 betriebseigene Vorverkaufsstellen. Über die Aufstellung von Fahrscheinautomaten am Bahnhof Hütteldorf sind Verhandlungen mit den ÖBB im Gange.

Abstimmen der Fahrpläne: Die Abstimmung der Verkehrszeiten von städtischen Verkehrsmitteln und Autobussen außerstädtischer Linien ist wegen der Intervallunterschiede schwierig, weil letztere längere Intervalle haben.

Darlehen der E-Werke: Das Darlehen der E-Werke an die Verkehrsbetriebe ist zinsenlos. Solche Konditionen sind im Querverbund innerhalb eines Konzerns üblich.

Verkehrsverbund: Verhandlungen im Gange, Probleme mit den Gebietskörperschaften wegen Übernahme der Kosten und bezüglich Kostenaufteilung.

Zweckmäßigkeit der Linienführung: Die Linienführung der Verkehrsbetriebe wurde bereits vor Jahren von Prof. Lehner untersucht, alle bisherigen Maßnahmen beruhen auf den damals gewonnenen Erkenntnissen.

Abstimmung: Rechnungsabschluß der Stadtwerke angenommen mit den Stimmen der SPÖ.

Die vorgelegten Anträge - Vorverkauf von Fahrscheinen an ÖBB-Schaltern, Abstimmung der Fahrpläne, Frequenzuntersuchung bei Autobuslinien im Hinblick auf die Einführung von Linientaxis, Eigenkapital der Stadt Wien soll den Stadtwerken zur Verfügung gestellt werden - wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Ende der Gemeinderatssitzung zum Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für 1974 und zum Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtige Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1974.

Die anschließende Gemeinderatssitzung beschäftigt sich mit dem Energiekonzept für Wien und verschiedenen Geschäftsstücken. (we)

L o k a l :

=====

gemeinde hilft rudolfinerhaus

8 wien, 26.6. (rk) das wiener rudolfinerhaus, eine international bekannte, private krankenanstalt, bedarf umfangreicher um- und neubauten. der erhalter, der "rudolfiner verein rotes kreuz", muss dafuer 90 millionen schilling aufbringen. die stadt wien uebernimmt fuer ein darlehen in der hoehe von 75 millionen schilling die buergerschaft und zahlt zinsenzuschuesse von 6 prozent pro jahr. das beschloss der wiener gemeinderat am donnerstag.

im rudolfinerhaus werden ein operationstrakt neu und drei bestehende bettenstationen ausgebaut. weiter wird den schwestern geholfen: ihr wohnheim soll durch aus- und umbauten schoener werden.

wie finanzstadtrat hans m a y r der "rathaus-korrespondenz" mitteilte, soll damit die ausgezeichnete fuehrung des rudolfinerhauses gewuerdigt werden. nicht nur die medizinische betreuung geniesst internationalen ruf, auch die ausbildung der krankenschuelerinnen ist bestens, sagte der stadtrat. (sei)

k u l t u r :

=====

' 20.000ster besucher der strauss-ausstellung

7 wien, 26.6. (rk) in vertretung von vizebuengermeisterin
gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r konnte donnerstag
vormittag der direktor der stadtbibliothek, dr. franz p a t z e r ,
den 20.000sten besucher der johann strauss-ausstellung in der volks-
halle des wiener rathauses begruessen.

der jubilaemsgast, der wiener postbeamte erich s c h m i d t ,
ist ''strauss-fan'' und besuchte die ausstellung schon mehrmals.
''mich fasziniert einfach diese musik und ich sitze fast taeglich
im tonstudio der strauss-ausstellung'' erklarte schmidt.

zur erinnerung ueberreichte direktor patzer dem postbeamten
einen ausstellungskatalog, einen faksimiledruck der ouvertuere der
fledermaus, eine schallplatte mit strauss-melodien und zwei karten
fuer ein strauss-konzert. (ka)

1237

L o k a l :

=====

faelscherwerkstatt fuer strassenbahnfahrtscheine ausgehoben

6 wien, 26.6. (rk) kriminalbeamte des wiener sicherheitsbueros verhafteten donnerstag frueh den steckbrieflich gesuchten graphiker bernd f o e r s t e r (sic) in seiner wohnung 8, kochgasse 6, wo er unter einem decknamen gemeldet war. im gleichen haus wurden in einem gassenlokal eine druckmaschine sowie mehr als eine million fertig paketierte gefaelschte vorverkaufsfahrtscheine der strassenbahn gefunden.

foerster hatte zusammen mit peter s w o b o d a und dem jugoslawen duranovic m a r i n k o eine faelscherwerkstaette eingerichtet, wo sie ausser den strassenbahnfahrtscheinen auch noch jugoslawische fuehrerscheine und schecks gefaelscht hatten.

das faelschertrio wurde dem wiener sicherheitsbueru ueberstellt. erst die erhebungen werden ergeben, ob die faelscherbande bereits gefaelschte fahrtscheine abgesetzt hat. (ka)

1235

Kommunal:

=====

Gemeinderat:

Energiekonzept

=====

Wien, 26.6. (RK) Als Ergebnis mehrjähriger Erfahrung bezeichnete Stadtrat Nekula (SPÖ) die "Grundlagen für ein Energiekonzept der Stadt Wien", die er Donnerstag dem Gemeinderat vorlegte. Drei Jahre lang sammelte das energiewirtschaftliche Referat in der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke Erfahrungen bei der Koordinierung der von der Stadt beeinflussbaren Energieformen Elektrizität, Gas und Fernwärme. Der 1972 gebildete Arbeitskreis für die Koordinierung der Energieversorgung befaßte sich vor allem mit Fragen der Raumheizung. Er hat bisher mehr als 200 Empfehlungen abgegeben, unter anderem für die UNO-City, das Kurzentrum Ober Laa, den Wohnpark Alt-Erlaa, das Hilton-Hotel und die Wohnhausanlagen auf den Trabrennvereinsgründen. Außerdem wurden 900 Wohnbauförderungsansuchen für insgesamt 32.000 Wohnungen überprüft. In 103 Fällen wurde gegen geplante umweltgefährdende Heizungen Einspruch erhoben.

Nekula verwies darauf, daß der Energiemarkt in hektischer Bewegung ist. Die vorliegende Arbeit wird daher ständig den Veränderungen angepaßt werden müssen, sie kann nur die Grundlage für ein stets fortzuschreibendes Energiekonzept sein. Die Zielsetzung ist die Versorgungsgarantie unter Beachtung des Umweltschutzes. Im vergangenen Jahr waren für die Bedarfsdeckung 206.000 Tonnen Heizöl, 1,15 Milliarden Kubikmeter Erdgas und 1,8 Millionen Kilowattstunden Fremdstrom nötig.

Die "Grundlagen für ein Energiekonzept" wurden in dieser Form erstmals für eine Großstadt ausgearbeitet, betonte Nekula. Mehrere Städte des In- und Auslandes haben bereits ihr Interesse für diese Pionierleistung zum Ausdruck gebracht. (sti)

DebatteFPÖ-Zustimmung

GR. Dkfm. Holzer Bauer (FPÖ) beanspruchte die Idee der Ausarbeitung eines Energiekonzeptes für seine Partei. Die FPÖ habe vor

der Bundesregierung, vor den - wie er sagte - unverbindlichen Erklärungen der ÖVP zur Energiepolitik, 1973 ein Konzept vorgelegt, das in der Fachwelt unbestritten Beachtung gefunden habe. Das Energiekonzept sei zu spät nun vorgelegt worden und habe außerdem den Fehler, daß es eigentlich kein Konzept, sondern nur eine Grundlage für ein Konzept sei. Bauer warf der Wiener SPÖ im Zusammenhang mit der Haltung zum Bau von Atomkraftwerken ein Doppelspiel vor. In den Grundlagen wende man sich gegen die Errichtung von Atomkraftwerken in Wien, wenn dieses Kraftwerk jedoch in Niederösterreich gebaut werde, beteilige man sich an der Errichtung. Offensichtlich sei hier der Spruch Pate gestanden: "Du lieber Florian, schütz unser Haus und zünd's andre an." Die FPÖ habe jahrelang vergeblich auf ein Energiekonzept gewartet. Nun habe der Berg gekreißt und ein Mäuslein geboren. Das sei immerhin ein Hoffnungsschimmer und seine Partei werde daher die Grundlagen für ein Energiekonzept zustimmend zur Kenntnis nehmen. (rp)

"SPÖ betreibt Ankündigungspolitik"

GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) beschuldigte die SPÖ, notwendige Maßnahmen in der Energiepolitik zu verzögern. Das nun vorgelegte Energiekonzept für Wien sei nur eine Grundlage, das eigentliche Konzept soll erst Ende 1976 fertig sein. Die SPÖ betreibt, so Ammann, vorwiegend eine Ankündigungspolitik. Bürgermeister Gratz sprach sich bereits im März für die Weitergabe von Heizölpreissenkungen für Fernwärmebezieher aus. Bis zum heutigen Tag ist nichts geschehen: weder wurde verbilligt, noch wurde der Gemeinderat über Schwierigkeiten informiert.

Eine in die Zukunft weisende Energiepolitik müßte den gegenwärtigen technologischen und wirtschaftlichen Stand der Energiewirtschaft berücksichtigen, das Subsidiaritätsprinzip anerkennen, sich zur freien Marktwirtschaft bekennen, Prioritäten setzen und schließlich realisierbar sein, erklärte der Gemeinderat. (sei)

ÖVP verlangt Untersuchungen

GR. DDr. Strunz (ÖVP) brachte in seinem Debattenbeitrag einen Antrag ein, Untersuchungen über negative Auswirkungen auf das Stadtklima durchführen zu lassen. Dies deswegen, weil man nach den vorliegenden Grundlagen für das Energiekonzept zwar den Energieverbrauch bis 1985 kennt, ebenso wie die Werte für die Schadstoffe in der Luft, aber nichts über den bei der Verbrennung entstehenden Wasserdampf und die Temperaturerhöhung in der Atmosphäre wisse. (ka)

Umweltschutz beachten

GR. Deistler (SPÖ): In Wien werden für die Raumheizung rund 85 Prozent des gesamten Haushaltsenergie-Bedarfs verbraucht. Daß diese schweren Zeiten seit Anfang 1974 so gut überstanden wurden, sei der vorsorglichen Energiepolitik der Wiener Stadtwerke zu verdanken,

In den letzten 25 Jahren ist der Stromverbrauch auf das Fünffache, der Gasverbrauch auf das Dreieinhalbfache gestiegen. Der Wärmeverkauf der Heizbetriebe hat sich in den letzten fünf Jahren fast verdoppelt.

Zu den Standorten der Erzeugeranlagen meinte Deistler, es sei nicht zu vermeiden, daß Energieerzeugungsanlagen auch in der Nähe von Wohngebieten errichtet werden. Die Schwierigkeit der Versorgung liege nicht im Bau der Werke, sondern in der Heranbringung der Energie zum Verbraucher. Daher sei es besonders schwierig, die westlichen Bezirke mit Strom zu versorgen, da es keine Freileitungen im Stadtgebiet gibt.

Selbstverständlich, erklärte der Redner, müssen alle technischen Möglichkeiten zum Schutz der Bewohner und ihrer Umwelt Berücksichtigung finden. (ka)

Schlußwort

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Nekula auf die von seinen Vorrednern angesprochene Problematik des Baus von Kernkraftwerken ein. Er betonte, daß man, eben weil man sich des möglichen Sicherheitsrisikos bewußt sei, solche Kraftwerke in relativ dünn besiedelten Gebieten baue, wie sie eine Großstadt nun einmal nicht besitze. Die Stadt Wien habe in weiser Voraussicht gehandelt, als sie sich am ersten österreichischen Kernkraftwerk nicht beteiligt habe, sondern lieber den Ausbau des Kraftwerkes Donaustadt forciert.

Die Fertigstellung des ersten Kernkraftwerkes lasse noch immer auf sich warten, während das Kraftwerk Donaustadt demnächst mit seinem zweiten Block in Betrieb gehe.

Der Redner betonte weiter, daß es klar sei, daß die vorliegenden Grundlagen für ein Energiekonzept durch zusätzliche Untersuchungen ergänzt werden müssen, die teilweise auch bereits durchgeführt werden. Er wies abschließend darauf hin, daß Wien eine der ersten Großstädte sei, die solche Grundlagen für ein Energiekonzept besitze.

Abstimmung: Die Grundlagen für das Energiekonzept wurden einstimmig angenommen, der Antrag der ÖVP an die zuständigen Gemeinderatsausschüsse verwiesen. (may)

Haus der Begegnung

Der Kauf einer Liegenschaft im 2. Bezirk zur Errichtung eines Hauses der Begegnung bildete den nächsten Tagesordnungspunkt der von GR. Bednar (SPÖ) referiert wurde. GR. Krenn (FPÖ) erklärte, daß seine Fraktion grundsätzlich nichts gegen die Errichtung solcher Häuser habe, den vorliegenden Antrag jedoch ablehnen müsse, da sich die Liegenschaft in einem Hochhauskomplex befinde, in der auch die SPÖ-Bezirksorganisation untergebracht ist.

GR. Dr. Habl (ÖVP) sprach sich gleichfalls gegen den Erwerb dieser Liegenschaft aus. Auch er bezeichnete die Nachbarschaft der SP-Bezirksorganisation als optisch störend. Dr. Habl kritisierte außerdem die vorgesehenen Gesamtbaukosten in der Höhe von fast 30 Millionen sowie die hohen Erwerbskosten für diese Liegenschaft, die sich auf insgesamt 9,3 Millionen Schilling belaufen. Der Ankauf komme daher einer verdeckten Subvention des Verbandes Wiener Arbeiterheime gleich.

GR. Bednar wies in seinem Schlußwort den Verdacht der "verdeckten Subvention" entschieden zurück. Zum Vorwurf der Nachbarschaft der SPÖ-Bezirksorganisation: Der Eingang des Hauses der Begegnung wird sich in der Heinestraße befinden, wo es keinerlei Hinweise auf die im Hauskomplex untergebrachte SPÖ-Bezirksorganisation gibt.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (zi)

Oberregionale Einkaufszentren

GR. Lustig (SPÖ) referierte den Antrag, den Optionsvertrag auf Erwerb einer Liegenschaft in Inzersdorf zwischen der Stadt Wien und der Societe des Commerciaux um ein halbes Jahr zu verlängern. Auf dem Grundstück soll ein überregionales Einkaufszentrum errichtet werden. GR. Krenn (FPÖ) kritisierte, daß mit diesem Einkaufszentrum den Wiener Geschäftsstraßen ein Kaufkraftverlust von zwei bis drei Milliarden Schilling erwachsen würde. GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) wandte sich ebenfalls gegen das Projekt, weil es überdies die Nahversorgung gefährde.

Im Schlußwort wies der Berichterstatter auf die Problematik hin, daß derartige Einkaufszentren eben Länderkompetenz seien. Wenn Wien die Errichtung verhindert, wäre sie hundert Meter von der Landesgrenze entfernt möglich. Wien müßte den Kaufkraftverlust und Steuerentgang tragen.

Abstimmung: Mehrheitlich mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (smo)

Welthandelshochschule

Über die Erteilung der Baubewilligung für die Errichtung der neuen Hochschule für Welthandel auf dem Areal des Franz Josefs-Bahnhofs referierte GR. Hermine Fiala (SPÖ). Es handelt sich um den ersten Bauabschnitt der Überbauung des Bahnhofsgeländes.

GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) deponierte, daß seine Partei dem Projekt gerne zustimmen werde, da die seinerzeit für 1.000 Hörer gebaute Hochschule für Welthandel jetzt von mehr als 7.000 Hörern frequentiert wird.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (we)

Sportanlage

GR. Ludwig (SPÖ) beantragte die Errichtung einer Jugendsportanlage auf dem Ringelseeplatz in der Nähe des Floridsdorfer Hallenbades. Gesamtkosten 5,3 Millionen S.

Prof. Bittner (ÖVP) klagte darüber, daß es so lange gedauert habe, bis nun diese Lösung gefunden wurde und ersuchte den Berichterstatter um Aufklärung, warum in dieser Sportanlage auch eine Konditorei etabliert werden soll.

GR. Ludwig: Nicht eine Konditorei, sondern ein Konditionsraum ist vorgesehen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Kabel-TV

Ohne Wortmeldung wurde über die Beteiligung Wiens an einer Studien- und Forschungsgesellschaft für Kabelfernsehen abgestimmt: einstimmig angenommen. (rp)

GR. Mayrhofer (SPÖ) beantragte, daß die Stadt Wien als Minderheitengesellschafter für die Flughafenbetriebsgesellschaft 175 Millionen S für eine Kapitalerhöhung und 75 Millionen S für einen Investitionskostenzuschuß aufbringt.

GR.Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte, daß man nicht eine Gebührenerhöhung in Erwägung gezogen habe. Da außerdem der mit diesen Mitteln geplante Bau einer zweiten Piste von seiner Fraktion abgelehnt werde, lehne die FPÖ daher diesen Antrag ab.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Damit war die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung, die am Montag begonnen wurde, erledigt. Der Vorsitzende Herbert Mayr schloß die Sitzung. (sei)

Ende des Sitzungsberichtes

Kommunal:

Wiener Gemeinderat
=====

Sanierung der Stadtbahnstationen

Wien, 26.6. (RK) Bürgermeister Leopold Gratz eröffnete eine neue Sitzung des Wiener Gemeinderates, die wegen der Einhaltung der Einsichtsfristen für die Akten einberufen werden mußte.

GR. Mayrhofer (SPÖ) beantragte zwei Millionen Schilling für die Verrechnung eines Förderungsbeitrages an die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe zum Zwecke der Instandsetzung von Stadtbahnstationen. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die Bedeckung aus den Einnahmen der Parkometerabgabe erfolgen werde. Dies sei dadurch berechtigt, daß die Parkometerabgabe unter anderem für die Verbesserung des innerstädtischen Verkehrs zweckgebunden sei.

GR. Hoffmann (ÖVP) begrüßte grundsätzlich die Sanierung der Stadtbahnstationen. Er kritisierte aber, daß im konkreten Fall aus den Unterlagen nicht ersichtlich sei, welche Stationen mit dieser Summe saniert werden sollen und welche Arbeiten durchgeführt werden. Außerdem stehe seine Fraktion auf dem Standpunkt, daß die rein bauliche Instandsetzung einer Station nicht der vom Gesetz vorgesehenen Verbesserung der Verkehrseinrichtung entspreche.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen. (may)

Gebietsumwidmung in Liesing

GR. Holubarz (SPÖ) stellte den Antrag, den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im Bereich der Breitenfurter Straße in Liesing auf Betriebsbaugelände umzuwidmen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) meinte, daß die Umwidmung von Erholungsgebiet auf Betriebsbaugelände ein Fehler sei. Die FPÖ gibt daher keine Zustimmung.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. (ka)

Baubeginn Sozialmedizinisches Zentrum Ost

GR. Dinhof (SPÖ) referierte den Antrag zur Errichtung des Personalwohnheimes des Sozialmedizinischen Zentrums Ost, in der Donaustadt, Langobardenstraße, mit 500 Wohneinheiten und den erforderlichen Einrichtungen mit einem Kostenaufwand von 236 Millionen. StR. Lehner (ÖVP) kritisierte, daß bereits vor mehr als zehn Jahren über die Planung dieses Krankenhauses gesprochen worden war, aber erst jetzt damit begonnen wird. GR. Schultz (SPÖ) wies auf die Bedeutung des Sozialmedizinischen Zentrums für die medizinische Betreuung der Bewohner von Floridsdorf und Donaustadt hin. Im Schlußwort kündigte der Berichterstatter den Baubeginn noch im Sommer an.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (smo)

Subventionsliste

StR. Mayr (SPÖ) legte die sechste Subventionsliste 1975 vor, deren Gesamtsumme 12,256.000 S beträgt. Unter den Subventionsempfängern befinden sich unter anderem das Kuratorium Wiener Pensionistenheime (4,2 Millionen S), das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (2,5 Millionen) und das Kuratorium Wiener Jugendheime (2 Millionen).

GR. Hirnschall (FPÖ) ersuchte um getrennte Abstimmung: neben den elf Subventionsempfängern sollte über den zwölften Empfänger, dem Zuwandererfonds, dem zwei Millionen zugesprochen werden, separat abgestimmt werden.

Abstimmung: Subventionsempfänger 1 bis 11 einstimmig angenommen, Subventionsempfänger 12 angenommen mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP. (we)

Wohnhausanlage

GR. Bednar (SPÖ) stellte den Antrag, in 2, Engerthstraße 150 die Errichtung einer Wohnhausanlage mit 18 Wohnhäusern mit einem Kostenaufwand von 422,500.000 S zu genehmigen.

GR. Eveline Andrlík (SPÖ) begrüßte, daß in der Wohnanlage 19 Behindertenwohnungen, Hobbyräume und Kinderspielplätze vorgesehen sind.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Schlußwort des Bürgermeisters

Bürgermeister Leopold Gratz dankte den Gemeinderäten für ihre geleistete Arbeit. In den letzten vier Tagen wurde oft heftig diskutiert, stellte der Bürgermeister fest. Harmonie entstehe in der politischen Demokratie nicht immer durch Übereinstimmung, sondern vor allem in Diskussion und Wettstreit, so Gratz.

Der Bürgermeister richtete an die Gemeinderäte die Bitte, im kommenden Nationalratswahlkampf, der sicherlich auch in der Kommunalpolitik zu spüren sein wird, Fairness zu bewahren. Mit einem Wunsch für eine erholsame Urlaubszeit schloß der Bürgermeister die Sitzung. Die Klubobmänner Suttner (SPÖ), Hahn (ÖVP) und Dr. Hirnschall (FPÖ) wünschten den Bürgermeister anschließend ebenso gute Erholung. (sei)

Ende des Sitzungsberichtes

Richtigstellung Referat Vizebürgermeister Pfoch

In Aussendung Nr. 1 - Gemeinderat (1) wurden im Referat von Vizebürgermeister Hubert Pfoch beim Kapitel "Wohnbautief überwunden" irrtümlich falsche Zahlen angegeben. Es hat richtig zu heißen:

... beträchtliche Erfolge konnten jedoch mit der Anwendung des Wohnungsverbesserungsgesetzes erzielt werden. Bei Hinzufügung der verbesserten Wohnungen zu den Neubauten ergibt sich somit folgendes Bild: 1974 wurden 5.815 (irrtümlich 9.365) neue Wohnungen übergeben, davon 2.341 Gemeindewohnungen, dazu kamen 2.443 (irrtümlich 2.329) verbesserte Einzelwohnungen, sodaß insgesamt 8.258 (irrtümlich 11.694) neu errichtete oder verbesserte Wohnungen zur Verfügung gestellt wurden. (hs)